

Kantone und Firmen wollen gute Krippen – aber nicht dafür bezahlen

Kosten für Betreuung Regierungsräte und Arbeitgeber planen, die Qualität in Kindertagesstätten schweizweit zu erhöhen. Dafür bräuchte es aber über eine Milliarde Franken – für die niemand aufkommen will.

BaZ, 09.11.2020

Claudia Blumer

Jeder Kita-Platz schafft ein zusätzliches Erwerbsspensum von 46 Prozent. Zu diesem Schluss gelangte vor einigen Wochen eine Studie der Jacobs Foundation. Ein Plus von schweizweit 21'000 Kita-Plätzen würde das Bruttoinlandprodukt demnach längerfristig um 3,3 Milliarden Franken steigern – bei Kosten von jährlich 794 Millionen Franken. Auch die Arbeitgeber sehen dieses Potenzial – sie haben sogar die Initiative ergriffen, um das Angebot und die Qualität in der Kinderbetreuung zu erhöhen.

«Arbeitende Mütter sollen ihre Pensen erhöhen», sagte Valentin Vogt, Präsident des Arbeitgeberverbands, schon vor zwei Jahren in dieser Zeitung. 60 Prozent sind für ihn die unterste Grenze, bei Kaderjobs sollen es 80 Prozent sein.

Allerdings sind manche Kinderkrippen wegen mangelnder Qualität zuletzt in Verruf geraten. Es fehlen finanzielle Ressourcen und genügend qualifiziertes Personal, wie eine Recherche dieser Zeitung gezeigt hat. Inzwischen hat sich jedoch eine breite Allianz unter dem Titel «Vereinbarkeit Familie und Beruf» formiert, die die Qualität der Krippen verbessern will. Schirmherrin ist Justizministerin Karin Keller-Sutter, geleitet wird sie von Arbeitgeberchef Valentin Vogt. Weiter dabei sind nationale und kantonale Parlamentarier, diverse Verbände, die kantonalen Erziehungsdirektoren sowie die Sozialdirektoren.

Verantwortung der Firmen

Ziel der Allianz ist es, schweizweit einheitliche Qualitätsstandards zu erarbeiten. Das ist nicht ganz einfach, da die ausserfamiliäre Kinderbetreuung wie auch die Bildung in der Hoheit der Kantone und Gemeinden liegt. Der Bund hat wenig zu sagen, weshalb Vorstösse im eidgenössischen Parlament keine baldige Lösung versprechen. Die Allianz «Vereinbarkeit Familie und Beruf» versucht es deshalb mit interkantonalen Empfehlungen oder einem Konkordat. Im kommenden Jahr soll ein Vorschlag präsentiert werden.

Uneinigkeit herrscht innerhalb der Allianz allerdings bei der Finanzierung. Der Verband Kibesuisse (Kinderbetreuung



Wer soll für die Qualität in Kitas bezahlen? Wirtschaft und Politik schieben sich die Verantwortung gegenseitig zu. Foto: Keystone

In der Westschweiz beteiligen sich die Arbeitgeber an den Kosten für die Kinderbetreuung.

Schweiz) hat den finanziellen Bedarf für qualitativ bessere Kindertagesstätten ausgerechnet: Rund eine Milliarde Franken bräuchte es allein in der Deutschschweiz. Kantone und die Linke sind tendenziell der Ansicht, die Arbeitgeber müssten sich an den Kita-Kosten direkt beteiligen, da sie ein eminentes Interesse an einem guten Angebot und einen direkten Nutzen daraus haben. «Sie tragen eine Verantwortung bei diesem Thema», sagt Gaby Szöllösy, Generalsekretärin der Sozialdirektorenkonferenz.

Valentin Vogt hingegen ist der Ansicht, dass der Staat für das

Kita-Angebot zuständig sei. «Letztendlich ist das eine Infrastrukturaufgabe», sagt er. «Es käme auch niemand auf die Idee, dass die Arbeitgeber selbst Schulen gründen müssten. Sie finanzieren die Infrastruktur bereits via Steuern mit – und dies umso mehr, je höher die Erwerbsquote ist.»

In Westschweizer Kantonen beteiligen sich die Arbeitgeber heute schon an den Kinderbetreuungskosten. Vorreiter ist der Kanton Waadt, der vor einigen Jahren die Unternehmenssteuern senkte und im Gegenzug Firmen bei der Kita-Finanzierung eingebunden hat. Mittlerweile haben auch Freiburg, Neuenburg und Genf solche Modelle.

Christoph Amstad, Obwaldner Regierungsrat und Vizepräsident der Sozialdirektorenkonferenz hofft, dass sich dieses Modell auch in der Deutschschweiz durchsetzt. «Die Arbeitgeber haben ein grosses Interesse am Ausbau und an der Verbesserung

der Kinderbetreuung», sagt der CVP-Politiker. Je nach Verfügbarkeit von Fachkräften werde die Bereitschaft der Wirtschaftsverbände an einer solchen Zusammenarbeit steigen. «Heute haben viel mehr Frauen einen akademischen Abschluss als noch vor 20 Jahren. Es wäre doch schade, dieses Potenzial nicht zu nutzen», sagt Amstad. In der Westschweiz sei diese Erkenntnis schon vorhanden, «die Romandie ist hier weiter als wir».

Der Staat soll es richten

Arbeitgeberpräsident Vogt hat nichts dagegen, solange die Übereinkunft freiwillig und auf kantonaler Ebene entsteht. Eine schweizweite Lösung mache keinen Sinn. Kibesuisse sieht es wie die Arbeitgeber: Kinderbetreuung ist Staatsaufgabe. «Das Sicherstellen qualitativ guter familienergänzender Bildung und Betreuung ist eine Infrastrukturaufgabe», sagt Estelle Thomet, Leiterin Regionen bei Kibesuisse.

Heute sind die finanziellen Ressourcen in vielen Einrichtungen zu knapp, um genügend qualifiziertes Personal einzustellen, damit eine Betreuerin oder ein Betreuer nicht zu viele Kinder gleichzeitig betreuen muss. Dieser sogenannte Betreuungsschlüssel (Verhältnis Betreuer - Kinder) ist ein zentrales Qualitätskriterium.

Die knappen Budgets der Kindertagesstätten werden hauptsächlich durch Elternbeiträge bestritten, die in der Schweiz auch kaufkraftbereinigt deutlich höher sind als in anderen Ländern. Bei den Tarifen gibt es also kaum Spielraum – nicht nach oben, weil sonst die Erwerbsbeteiligung der Mütter weiter erschwert würde, und nicht nach unten, weil die Kinderkrippen sonst gar nicht mehr funktionieren könnten.

Somit bleibt abzuwarten, ob die Qualitätsoffensive am Ende nicht scheitert, weil niemand dafür bezahlen kann oder will.